

Groll, Dominik

Article

Auswirkungen der Reform des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums

IfW-Box, No. 2012.17

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Groll, Dominik (2012) : Auswirkungen der Reform des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums, IfW-Box, No. 2012.17, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/201059>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Auswirkungen der Reform des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums

Dominik Groll

Durch das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt wurden in diesem Jahr arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gestrichen, verändert oder zusammengelegt. Unter anderem wurde die Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit für Arbeitslosengeld-I-Empfänger (Gründungszuschuss) zu einer Ermessensleistung; vorher bestand ein Rechtsanspruch. Zudem wurde die Vergabe von Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante („Ein-Euro-Jobs“) an Arbeitslosengeld-II-Empfänger an strengere Regeln gebunden.

Als Folge der Instrumentenreform wurde insbesondere die Förderung der Selbständigkeit, aber auch die Vergabe von „Ein-Euro-Jobs“ kräftig zurückgefahren. Im Oktober erhielten nur noch 32 000 Personen den Gründungszuschuss, und 148 000 Personen waren in „Ein-Euro-Jobs“ tätig; dies waren 92 000 bzw. 40 000 Personen weniger als im Vorjahresmonat (Tabelle 1, Spalte 2). Zum Vergleich: Die Zahl der Erwerbstätigen und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Septemberwert) sind um 279 000 bzw. 407 000 Personen gestiegen, die Zahl der Arbeitslosen nahm um 16 000 zu.

Die Rückgänge bei beiden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hatten Einfluss auf Erwerbstätigen- und Arbeitslosenzahlen, da Arbeitslose für die Zeit der Maßnahme als erwerbstätig und nicht als arbeitslos geführt werden. Um die Auswirkungen zu beziffern, sei angenommen, dass keiner der beiden arbeitsmarktpolitischen Instrumente zurückgefahren worden wäre, d.h., es hätte keine Veränderung der Bestandszahlen gegeben (Tabelle 1, Spalte 3). Im Oktober hätte es folglich 132 000 mehr Erwerbstätige und weniger Arbeitslose gegeben als tatsächlich (Summe aus 92 000 und 40 000). Die Zahl der Erwerbstätigen wäre somit um 411 000 gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen und somit ungefähr genauso stark wie die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Zahl der Arbeitslosen wäre um 116 000 gesunken, statt um 16 000 zu steigen.

Tabelle 1:

Tatsächliche versus hypothetische Entwicklung ausgewählter Arbeitsmarktgrößen

In 1 000	Bestand Oktober 2012 (1)	Veränderung zum Vorjahresmonat	
		Tatsächlich (2)	Hypothetisch (3)
Erwerbstätige	41 943	279	411
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29 391	407	407
Geförderte Selbständige (Gründungszuschuss)	32	-92	0
„Ein-Euro-Jobs“	148	-40	0
Arbeitslose	2 753	16	-116

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: September 2012. Hypothetisch: Veränderungen unter der Annahme, dass der Gründungszuschuss und die „Ein-Euro-Jobs“ unverändert vergeben worden wären.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Eckwerte des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung* (November 2012); Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Zeitreihen zu arbeitsmarktpolitischen Instrumenten* (Oktober 2012); eigene Berechnungen.

Fazit: Die geringere Nutzung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Gründungszuschuss und „Ein-Euro-Jobs“) seitens der Bundesagentur für Arbeit kann die seit einiger Zeit beobachtete Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erklären. Darüber hinaus wäre die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr nicht gestiegen, sondern weiter gesunken. Sie wäre jedoch nicht so stark gesunken, wie die Erwerbstätigkeit gestiegen wäre; für diese Diskrepanz ist maßgeblich die Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials verantwortlich (siehe Haupttext).